

# Niederschrift JHA/021/2012

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine  
am 27.09.2012

Die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

## Anwesend als

### Vorsitzender:

Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied / Vorsitzender
--------------------	-----	-----------------------------

### Mitglieder:

Herr Norbert Dörnhoff	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Sylvia Egelkamp		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Frau Regine Greiner		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Frau Marlies Holtel	FDP	Sachkundige Bürgerin
Herr Paul Jansen	CDU	Ratsmitglied
Frau Ingrid Klammann		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr Tim Köhler	SPD	Sachkundiger Bürger
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied / Stellv. Vorsitzende
Frau Maria Schütz		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Herr Carsten Timpe		Ausschussmitglied f. Jugendverbände

**Vertreter:**

Herr Johannes Lammers	CDU	Vertretung für Frau Claudia Reinke
Herr Daniel Stroot		Vertretung für Frau Nina Wienkamp

**beratende Mitglieder:**

Herr Hendrik Börger	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Herr Raimund Gausmann		Leiter des Jugendamtes
Herr Harald Klamann		Ausschussmitglied f. Evangelische Kirche
Frau Sara Neto Alves		Sachkundige Einwohne- rin f. Integrationsrat
Frau Ulrike Paege		Sachkundige Einwohne- rin f. Familienbeirat
Herr Bernhard Wilbers		Ausschussmitglied f. Arbeitsverwaltung

**Vertreter:**

Herr Axel Linke		Vertretung für Frau Dr. Angelika Kordfelder
Herr Florian Schulz		Vertretung für Frau Re- gina Schröer

**Gäste:**

Herr Hans-Peter Metje		Vertreter AG 78
-----------------------	--	-----------------

**Verwaltung:**

Herr Ewald Piepel		Produktverantwortlicher
Herr Stefan Jüttner - von der Gathen		Produktverantwortlicher
Herr Wolfgang Neumann		Produktverantwortlicher
Frau Medina Atalan		Stellv. Schriftführerin
Herr Manfred Kösters		Schriftführer

Herr Fühner eröffnet die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

**Öffentlicher Teil:**

**1. Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung am 28.06.2012**

00:01:04

Keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche.

**Beschluss:**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 28.06.2012 gefassten Beschlüsse**

00:01:50

Die Beschlüsse sind ausgeführt worden. Eine gesonderte Berichterstattung erfolgt nicht.

**3. Informationen**

00:02:12

Herr Linke verliest folgende Informationen:

**3.1. Belastungsausgleichsgesetz für den U3-Ausbau**

---

Die Landesregierung hat im Juli den Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Kostenausgleichs für die Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe in den Landtag eingebracht. Mit diesem Gesetz soll der finanzielle Ausgleich für die Kommunen geschaffen werden, die den individuellen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr sicherstellen müssen.

Der Gesetzentwurf sieht ab dem 01. August 2013 einen höheren Landesanteil an den Betriebskostenfinanzierung für U3-Plätze vor. Für die Kindergartenjahre 2011/2012 und 2012/13 sind jeweils Einmalzahlungen vorgesehen.

Die Landesregierung rechnet mit einem zügigen Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens. Die nächsten Landtagssitzungen finden Anfang November statt. Wenn das Belastungsausgleichsgesetz dann verabschiedet würde, könnten die Entlastungen für Rheine in der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung am 22. Nov. 2012 bekanntgegeben werden.

### 3.2 Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen

---

Das Landesjugendamt teilte in der letzten Woche mit, dass in Kürze die Mittel für die „Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“ freigegeben werden. Gefördert werden neue Maßnahmen ab 2012 in den Bereichen:

1. Netzwerke mit Zuständigkeit für Frühe Hilfen
2. Familienhebammen und vergleichbare Berufe im Gesundheitswesen im Kontext „Frühe Hilfen“
3. Ehrenamtsstrukturen und eingebundene Ehrenamtliche im Kontext Frühe Hilfen.

Für das Jugendamt Rheine sind folgende Fördermittel reserviert:

für 2012: 23.745 € und  
für 2013: 33.347 €

Da die Mittel für 2012 noch in diesem Jahr verausgabt werden müssen, wird es kaum möglich sein, noch ganz neue Maßnahmen zu konzeptionieren. Die Verwaltung wird daher für 2012 den Antrag stellen, sich entwickelte Projekte fördern zu lassen.

Anschließend verliest Herr Piepel folgende Information:

### 3.3 Sanierungsanträge für einzelnen Kindertageseinrichtungen

---

Am 21.08.2012 erhielt die Verwaltung eine Information der Zentralrendantur mit dem Inhalt, dass in der **Kita St. Mariä Hauenhorst** zusätzlich zur bereits beantragten U3-Baumaßnahme mit weiteren Kosten für eine nachhaltige Sanierung und energetische Ertüchtigung in Höhe von ca. 680.000 € zu rechnen sei. Ergänzende Unterlagen wurden nachgereicht. Sowohl der Träger der Kita als auch das bischöfliche Bauamt seien der Auffassung, dass eine U3-Ertüchtigung lediglich im Zusammenhang mit einer Sanierung erfolgen könne.

Eine belastbare Aussage dergestalt, dass der Betrieb der Einrichtung ohne Durchführung der Sanierungsarbeiten gefährdet ist, liegt nicht bzw. noch nicht vor. Damit ist zunächst einmal nicht mit einer finanziellen Beteiligung des Landes für die beabsichtigten Sanierungsmaßnahmen zu rechnen.

Die Zentralrendantur erklärt, dass die nach Abzug von U3-Pauschalen und einer etwaigen Landesförderung verbleibenden Mittel dann zu 50 % vom Träger/Bistum finanziert würden, wenn die Stadt Rheine ebenfalls diesen Anteil aufbrächte. Dieses Vorgehen entspricht nicht dem bisherigen Grundsatzbeschluss,

nach dem sich die Stadt finanziell nur beteiligt, wenn auch das Land NRW mitfinanziert.

Am 28. 08. 2012 erhielt die Verwaltung einen weiteren Kostenübernahmeantrag der Zentralrendantur für die Sanierung der **Kita St. Marien in Rheine-Mesum**, Engelstraße 13. In dieser KiTa ist die U3-Baumaßnahme bereits abgeschlossen. Für die nunmehr beabsichtigten Maßnahmen sei mit Kosten für eine nachhaltige Sanierung und energetische Ertüchtigung in Höhe von ca. 247.500,00 € zu rechnen. Nach Abzug der vorhandenen Rücklagemittel müssen noch rd. 177.000,00 € finanziert werden. Hier ist folgende Kostenaufteilung geplant:

Gesamtkosten nach Abzug der Rücklagemittel	177.000,00 €
50 % Landesmittel	88.500,00 €
25 % Trägermittel	44.250,00 €
25 % kommunale Mittel	44.250,00 €

Es sei noch darauf hingewiesen, dass für die beiden vorgenannten Sanierungsanträge keine Gelder im Haushalt der Kommune veranschlagt sind. Ob und wann mit einer Landesförderung gerechnet werden kann, ist nicht bekannt.

Zu dem für die Kindertageseinrichtung **St. Ludgerus in Rheine-Elte** vorliegenden Sanierungsantrag wird am 11. 10. 2012 ein Ortstermin mit Vertretern des Landesjugendamtes, des Trägers und der Stadt stattfinden. Hierbei geht es um die Realisierung einer Sanierungsmaßnahme neben der beabsichtigten U3-Maßnahme.

Haushaltsmittel der Kommune für die Sanierung wurden im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplan 2012 in Höhe von 108.500,00 € bereitgestellt. Diese sind dann auskömmlich, wenn das Land anteilig zu 50 % mitfinanziert.

#### **4. Informationen aus dem Familienbeirat**

0:09:21

Frau Paege berichtet von der letzten Familienbeiratsitzung am 03. September 2012. Insbesondere ging es hier um den zu erstellenden Familienstadtplan für die Stadt Rheine.

Frau Tiekötter informierte, dass man Dank der Stiftung Hänsel und Gretel einen Familienkalender für die Stadt Rheine erstellen wolle. Dieser Kalender wird sich mit Hilfe des Sponsorings der Notinselpartner und anderer Werbequellen selbst finanzieren. Es sei geplant, dass jedes Grundschulkind ein Exemplar als „Weihnachtsgeschenk“ bekomme. Die Druckauflage solle ca. 2900 Stück betragen.

**5. Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung 2013/2014  
und Ausblick bis 2016  
Vorlage: 366/12**

00:12:37

Herr Gausmann erläutert die Vorlage.

Herr Jansen merkt an, dass er mit Erschrecken festgestellt habe, dass im nächsten Kindergartenjahr (2013/2014) nach den neuesten Zahlen 43 Plätze für U3 (0-<3 Jahre) im Planungsbezirk Rechts der Ems fehlen würden. Die Vorschläge der Verwaltung Großtagespflegestellen einzurichten und ggfls. Schulgebäude für die Kinderbetreuung zu nutzen, sieht Herr Jansen kritisch.

Herr Metje als Vertreter der AG 78 weist darauf hin, dass seiner Meinung nach die Umnutzung von Schulgebäuden nur als Übergangslösung in Frage komme.

Frau Leskow sieht in der Umnutzung leerstehender Gebäude eine durchaus realistische Alternative, wenn es passende Raumkonzepte dazu gäbe.

Herr Fühner weißt darauf hin, dass bei der Schaffung von Betreuungsplätzen die Konzepte mit ihren fachlich-pädagogischen Gesichtspunkten unter dem Aspekt des Bildungsauftrages in der Kinderbetreuung deutlicher hervorzuheben sind, als die Umnutzung von frei gewordenen Räumen für die Kinderbetreuung.

Herr Fühner fragt an, wie die weitere Akquise von Tagespflegepersonen erfolgen könne. Es sei doch eher schwierig geeignete Tagespflegepersonen zu finden, auch wenn es in der Vergangenheit eine enorme Steigerung von Tagespflegeplätzen von 54 auf 120 Plätzen zu erreichen war.

Herr Gausmann stellt fest, dass es auch in Rheine schwierig sei, geeignete Tagespflegepersonen zu finden. Trotzdem sei man zuversichtlich, im Rahmen eines Gesamtkonzeptes Tagespflegepersonen zu finden. Es sei wichtig die Tagespflege als ein attraktives, interessantes, vielfältiges und flexibles Angebot der Tagesväter und Tagesmütter zu definieren.

Frau Paege von der FBS, die auch in der Qualifizierung von Tagespflegepersonen aktiv ist, macht deutlich, dass es bei den Tagespflegepersonen sich vermehrt um Mütter und Väter handele, die selbst gerade ein zu betreuendes Kind haben und ein weiteres Kind in Pflege nehmen. Nur wenige würden ausschließlich mehrere und fremde Kinder im Rahmen der Tagespflege betreuen. Frau Paege hebt hervor, dass es wichtig sei, genau diese Tagespflegepersonen zu unterstützen und zu begleiten.

Herr Jansen wünscht eine Ergänzung des Beschlussvorschlages hinsichtlich der zeitlichen Vorstellung des Gesamtkonzeptes im Jugendhilfeausschuss.

Nach einer kurzen Diskussion ergeht einstimmig folgender Beschluss.

**Beschluss:**

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kita-Bedarfsplanung 2013/2014 bis 2015/2016 zur Kenntnis.
2. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, Konzepte zum bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagespflege inklusive von Großtagespflegestellen gemeinsam mit freien Trägern der Jugendhilfe zu entwickeln und dem Jugendhilfeausschuss im ersten Quartal 2013 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6. Umbau des Janusz-Korczak-Kindergartens**  
**Vorlage: 362/12**

00:45:22

Herr Piepel läutert kurz die Vorlage mit dem Hinweis, dass es sich beim ersten Beschlussvorschlag um die Herrichtung der Räumlichkeiten zur Sicherstellung der U3 Betreuung handelt. Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln des FB 2.

Beim Beschlussvorschlag zwei handelt sich um die Schaffung geeigneter Räumlichkeiten insgesamt. Dies werde aus dem Budget „Zentrale Gebäudewirtschaft“ finanziert.

Ohne weitere Wortmeldungen ergeht folgender Beschluss.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, für den Umbau des Janusz-Korczak-Kindergartens in Rheine, Wadelheimer Chaussee 195 für die **Schaffung des erforderlichen Raumprogrammes zum Zwecke der U3-Betreuung**. Die dazu notwendigen Mittel in Höhe von 58.300,00 € wurden dem Budget 5202 „Zentrale Gebäudewirtschaft“ zur Verfügung gestellt.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt aus fachlicher Sicht die **Neugestaltung des Eingangsbereiches** des Janusz-Korczak-Kindergartens und empfiehlt dem Bauausschuss, die hierfür erforderlichen Aufwendungen aus dem zur Verfügung stehenden Mitteln des Budgets 5202 „Zentrale Gebäudewirtschaft“ zu finanzieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Antrag der Kath. Kirchengemeinde St. Dionysius auf Gewährung eines Zuschusses zur beabsichtigten Dachsanierung am St. Dionysius-Kindergarten, Auf dem Hügel 7, 48431 Rheine  
Vorlage: 300/12**

00:47:20

Herr Linke trägt ergänzend zur Vorlage vor, dass man auf Grund der Dringlichkeit bereits den Bewilligungsbescheid verschickt habe. In der Fraktionsvorsitzenden Sitzung habe er über diesen Sachverhalt informiert und alle hätten ihre Zustimmung signalisiert. Aufgrund der Dringlichkeit bittet er um Verständnis für diese Vorgehensweise.

Herr Fühner ergänzt, dass Herr Linke ihn als Ausschussvorsitzenden unmittelbar informiert habe. Auch er habe Herrn Linke die Zustimmung signalisiert, da es sich um eine bereits bekannte Maßnahme handele, die im Jugendhilfeausschuss erörtert worden sei.

Herr Jansen begrüßt die pragmatische Handhabung.

Auf Anfrage von Herrn Dörnhoff, wie sich die Finanzierung des Trägers darstelle, erklärt Herr Piepel, dass es sich bei den 97.600,00€ (Siehe Seite 2 der Vorlage) um Rücklagen handele, die öffentlich durch Land und Kommune finanziert worden sind. Diese stammen aus den Kindpauschalen, die auch dazu verwendet werden können, um die in Rede stehenden Baumaßnahmen zu finanzieren. Bei der Summe 9.230€ (Siehe Seite 3 der Vorlage) handele sich um „echte Eigenmittel“ die vom Träger bzw. vom Bistum zur Verfügung gestellt werden.

Ohne weitere Wortmeldungen ergeht folgender Beschluss.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, der Kath. Kirchengemeinde St. Dionysius für die Dachsanierung am St. Dionysius-Kindergarten, Auf dem Hügel 7, 48431 Rheine einen kommunalen Zuschuss in Höhe von 9.230,00 € zu gewähren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Vertragliche Vereinbarungen Jugend- und Familiendienst e.V.  
-Erste Lesung  
Vorlage: 367/12**

00:51:08

Herr Linke führt in die Vorlage ein und bittet darum, in der Vorlage „erste Lesung“ zu streichen und die Beschlussfassung entsprechend zu ändern.

Weiterhin bittet Herr Linke den Jugendhilfeausschuss, den Eckpunkten, wie mit dem Jugend- und Familiendienst e.V. verhandelt wird, zuzustimmen. Diese Eckpunkte dienen dazu den Rahmen, den sich der Jugendhilfeausschuss wünscht, entsprechend beim Vertragsentwurf zu berücksichtigen.

Herr Börger teilt mit, dass seine Fraktion allen Punkten bis auf den 4. Punkt nicht mittragen könne. Herr Börger berichtet, dass der Jugend- und Familiendienst e.V. bereits viele Zuwendungen bekomme.

Herr Jansen wünscht sich für die nächste Vorlage, dass diese eine Gegenüberstellung des alten und neuen Vertrages beinhalte und in einer dritten Spalte die Änderungen aufzufinden sind, um diese entsprechend diskutieren zu können.

Herr Lammers bietet darum, in diesem Zusammenhang den Begriff „Mietfrei“ genauer zu deuten, sowie den Punkt „Kündigung“ mit zu berücksichtigen.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, den Vertrag mit dem Jugend- und Familiendienst, wie vorgeschlagen neu zu verhandeln und dem Jugendhilfeausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## **9. Auswirkungen des Bundeskinderschutzgesetzes Vorlage: 368/12**

00:57:10

Herr Gausmann geht kurz auf die Vorlage ein und berichtet zu der am Anfang von Herrn Jansen gestellte Frage, was die Verwaltung unternehme, um sicherzustellen, dass die Fördermittel für das Jahr 2012 in Höhe von 23.745 € nicht entfallen.

Bisher gebe es hierzu keine klaren Hinweise oder Rahmenbedingen vom Land. Es läge lediglich die Information vor, dass Fördergelder bereit stünden. Natürlich habe die Stadt Rheine vielfältige Projekte, aber es sei nicht klar, für welche Projekte man die Fördergelder angerechnet bekomme. Insofern könne derzeit keine eindeutige Antwort hierzu gegeben werden.

Auf Nachfrage von Herrn Lammers stellt Herr Gausmann klar, dass der Beschlussvorschlag so zu verstehen sei, dass interne Regelungen (wie z.B. eine Dienstanweisung) von der Verwaltung umgesetzt würden, während Verträge, die diesbezüglich mit freien Trägern geschlossen werden sollen, selbstverständlich dem Jugendhilfeausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt würden.

**Beschluss:**

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt auf der Basis der nun veröffentlichten Handlungsempfehlungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter und der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe zum Bundeskinderschutzgesetz eine weitere Konkretisierung der Handlungsaufträge vor Ort zu entwickeln und diese umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Erweitertes polizeiliches Führungszeugnis für Ehrenamtliche in der Jugendarbeit  
Vorlage: 369/12**

01:04:45

Herr Linke verweist auf die Vorlage und merkt an, dass es eine bundeseinheitliche Regelung bezüglich der Kosten gäbe. Für ehrenamtlich tätige Personen würden die Kosten in Höhe von 13,00€ für das Führungszeugnis entfallen. Gleichwohl habe es in Rheine den Fall gegeben, dass vom FB 3 hierfür Kosten erhoben worden sind. Herr Linke wird die Angelegenheit mit dem FB 3 klären und in der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung darüber berichten.

Die freien Träger sollen über den kostenfreien Erwerb des Führungszeugnisses für ihre Ehrenamtlichen informiert werden.

**Beschluss:**

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, mit den freien Trägern der Jugendarbeit in der Stadt Rheine Vereinbarungen über die Vorlage erweiterter polizeilicher Führungszeugnisse für ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schließen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in Kooperation mit den Trägern der freien Jugendarbeit die Angebote auf mögliche Gefährdungssituationen zu überprüfen und auf dieser Basis die erforderlichen Vereinbarungen zu schließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Rücknahme der Arbeitshilfe zur kommunalen Umsetzung der U-TeilnahmeDatVO durch die Landesjugendämter in NRW und Auswirkungen auf die aktuelle Arbeitspraxis in Rheine  
Vorlage: 360/12**

01:07:00

Herr Gausmann bezieht sich auf die Vorlage und berichtet, dass man im Jahre 2009 die Empfehlungen beider Landesjugendämter in Rheine umgesetzt habe.

Mitte des Jahres 2012 habe es eine Tagung der Jugendamtsleiter auf Landesebene gegeben. Auf dieser Tagung wurde ein deutlicher Hinweis gegeben, dass die Nichtteilnahme an einer U-Untersuchung (Vorsorgeuntersuchung) kein gewichtiger Anhaltspunkt einer Kindeswohlgefährdung darstelle. Darauf hin habe das Landesjugendamt die Empfehlungen aus dem Netz genommen. Die Empfehlungen wurden jedoch auf Hinweis des Ministeriums nicht zurückgezogen.

In der Stadt Rheine wurden im Rahmen der U-Teilnahme DatVO bislang ca. 300 Fälle bearbeitet. Statistisch betrachtet würde man damit alle vier Jahre eine Kindeswohlgefährdung aufdecken.

Auf Grund der sehr aufwendigen Verfahrensweise, sieht die Stadt Rheine zukünftig von dieser stringenten U-Teilnahme DatVO ab. Es müssten andere Mechanismen gefunden werden, damit auch das eine Kind nicht durch das Raster falle.

Die Meldungen werden nach wie vor gesammelt und gesichtet. Auch sollen die Eltern weiterhin darüber informiert werden, die U-Untersuchungen bei ihren Kindern durchführen zu lassen.

Herr Fühner regt an, die Entwicklung weiterhin zu beobachten und gegebenenfalls im Jugendhilfeausschuss noch einmal zu beraten. Ziel sei es jede Kindeswohlgefährdung zu vermeiden.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)**

01:13:37

Es liegen keine Fragen von Einwohnern vor.

### 13. Anfragen und Anregungen

01:13:45

Herr Börger hat hierzu vier Punkte:

1. Das Deckblatt zur Unterausschusssitzung Jugendarbeit sei nicht eindeutig. Es sei nicht klar, ob es sich um reine Informationen handle oder, ob in der nächsten Unterausschusssitzung ein Beschluss hierzu gefasst wird. Eine Vorlage, analog dem des Jugendhilfeausschusses wäre wünschenswert.
2. Auf seine E-Mail, ob man der Charta der Vielfalt beitrifft, habe er bisher keine Rückmeldung bekommen.
3. Der freie Jugendhilfeträger „Outlaw“ solle sich im Jugendhilfeausschuss vorstellen.
4. Wie wird das Elternleitbuch aufgenommen?

Herr Gausmann antwortet wie folgt auf die einzelnen Fragen von Herrn Börger:

Zu 1: Das Deckblatt würde deshalb fehlen, da dies der klassischen Vorlageerstellung für die Ausschüsse diene. Hier seien die einzelnen Verwaltungswege abgebildet. In den Unterausschüssen sollen keine Beschlüsse in dem Sinne gefasst werden. Hier gehe um einen diskursiven Austausch und einer gemeinsamen Konsensbildung. Die Vorlagen würden nach wie vor erstellt werden, es würde hier nur das Deckblatt fehlen.

Zu 2: Man sei bisher nicht dazu gekommen, darüber zu beraten.

Zu 3: Die Idee sei gut, dass sich unterschiedliche Jugendhilfeträger im Jugendhilfeausschuss vorstellen. Allerdings müsse man zeitlich den Vorträgen gerecht werden. Dieses Jahr waren die Ausschusssitzungen von der Kitaplanung geprägt gewesen. Die Idee wird aufgenommen und zum gegebenen Zeitpunkt mit dem Ausschussvorsitzenden beraten.

Zu 4. In der übernächsten Jugendhilfeausschusssitzung soll gemeinsam mit der Familienbildungsstätte hierüber berichtet werden.

Frau Paege ergänzt, dass man zurzeit dabei sei, das Elternbegleitbuch zu evaluieren. Gemeinsam mit Frau Wältring, die die Koordinierung dieses Projektes hat, wolle man die ersten Ergebnisse in einer der nächsten Sitzungen dem Jugendhilfeausschuss vorstellen.

**Ende der Sitzung:**

**19:45 Uhr**

---

Fühner  
Ausschussvorsitzender

---

Atalan  
Schriftführerin